Brief der Woche

Vorsicht: Student nach . . .

Bild: „Bettelstudenten", ZEIT Nr. 33

Das Bild, das deutsche barfüßige Studenten als Bettler auf dem Straßenpflaster von Helsinki zeigt, muß einem die Schamröte ins Gesicht treiben. Das Verhalten dieser „Studenten" stellt alles in den Schatten, was man bisher an ähnlichen Klagen vernommen hat. Nicht wenige rühmen sich, wochen- und monatelang für hundert oder weniger Mark den Kontinent bereist zu haben — wie das geschieht, zeigt das Bild. Das Tollste ist, daß es sich bei diesen Nassauern nicht selten um die Kinder wohlsituierter Eltern handelt, denen es maßlos imponiert, wie ihre Sprößlinge mit einem Minimum an Barmitteln sich in einer Weise im Auslande bewegen, die dem zünftigen Bettler unzweifelhaft Gefängnisaufenthalt eintragen würde.

Wo ist der deutsche Wandervogelgeist geblieben, als junge Menschen sich ihr Vaterland erwanderten und nicht — wie heute — achtzig Prozent ihrer Reisen als Autoschnorrer verbringen? Jeder Autofahrer sollte sich an den Ausfahrten zu den Rollbahnen unserer Großstädte die Leute näher ansehen, die ihm ihr Pappschild „Student nach . . ." entgegenhalten. Es ist nicht allzuschwer, wahre Bedürftigkeit mit Nahzielen von anmaßendem Protzentum bestimmter akademischer „Fernfahrer" zu unterscheiden.

W. Schneider-Römheld, Berlin

„Radikal" zu sein, ist hier gewiß falsch, nämlich „grundsätzlich jeden" mitzunehmen wie „grundsätzlich niemanden". Mancher hat's wirklich nötig (nicht nur junge Leute!), mancher verdient's. Eine Möglichkeit, Hilfe zu versäumen, hieße wohl auch, sich selbst um das Gefühl zu bringen, jemandem etwas Gutes angetan zu haben. Die Entscheidung freilich ist schwierig angesichts der jugendlichen Spaliere, die sich vorwiegend an Straßenkreuzungen bilden. Stellt sich das wahre Abenteuer, das die jungen Menschen suchen, nicht erst dann ein, wenn sie ein fremdes Land erwandern, „erfahren", anstatt es in fremden Autos zu durchfahren? DIE ZEIT

Politik mit Experimenten

Regierender Bürgermeister Willy Brandt: „Man könnte mehr tun", ZEIT Nr. 30; Bundesminister Ernst Lemmer: „Vor Illusionen wird gewarnt", ZEIT Nr. 32 und „Brandt antwortet Lemmer", ZEIT Nr. 33

Herr Lemmer erschöpft sich in der Aufzählung angeblicher Illusionen W. Brandts und bestätigt damit den altgewohnten Regierungskurs des „Keine Experimente". Warten und Wünschen ist sein Rezept. Wenn jemand etwas versuchen, untersuchen oder erforschen will, so steht für ihn die Antwort fest: Illusion.

Ohne Ideen, ohne Versuche, ohne Wagnis ist keine Politik möglich. Und der größten Illusion ist Minister Lemmer erlegen, wenn er glaubt, wir brauchten nur auf die Wiedervereinigung zu warten. Geschenke hat es in der internationalen Politik noch nie gegeben.

Wolfgang Lüder, cand. jur.
Liberaler Studentenbund Deutschlands, Berlin

☆

Das Thema Wiedervereinigung hat in Ihrer Zeitung immer eine bedeutende Rolle gespielt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die letzten Artikel, die Bürgermeister Brandt und Minister Lemmer geschrieben haben. Nun habe ich vor einigen Tagen eine Notiz der „Frankfurter Allgemeinen" vom 6. 8. 1960 gelesen, worin über die Aktion „Frohe Kinder" berichtet worden ist. Danach sind zwei Sonderzüge mit etwa 1200 Kindern, die an der kommunistisch gesteuerten Aktion „Frohe Ferien für alle Kinder" in der Sowjetzone teilgenommen haben, nach Westdeutschland zurückgekommen.

Bei uns schreiben die Zeitungen über unsere Jugend nur im Zusammenhang mit dem Problem der „Halbstarken". (Die Artikelreihe „Wie man an unseren Hochschulen studiert" der ZEIT bildet eine rühmenswerte Ausnahme). Über die Transporte von Tausenden junger Westdeutscher in die Zone aber wird in sachlichem Nachrichtenstil ohne Kommentar berichtet. Ist denn das ein normaler Vorgang angesichts der Tatsache, daß es für gewöhnliche Bundesbürger schwer oder unmöglich ist, die Einreiseerlaubnis für einen Besuch in Halle, Leipzig oder Dresden zu erhalten?

Wenn die Herren Brandt und Lemmer wirklich so sehr nach Möglichkeiten suchen, der Zonenbevölkerung in ihrer geistigen Isolierung zu helfen und der ostdeutschen Jugend einen Eindruck von dem zu vermitteln, was wir unter Demokratie verstehen, damit die innere Spaltung unseres Volkes nicht immer weiter geht, dann gibt es sicher einige Wege dazu. Sie kosten allerdings Geld. In diesem Zusammenhang drei Fragen: Besteht in Westdeutschland eine Organisation, die Ferienaufenthalte ostdeutscher Kinder finanziert, und erhalten die ostdeutschen Kinder hierfür eine Ausreisegenehmigung? — Wenn auf Grund unserer Verfassung keine Rechtsmöglichkeit besteht, die Ausreise westdeutscher Kinder nach Ostdeutschland zum Zwecke einer kommunistischen Beeinflussung zu verhindern, sollte es dann nicht Mittel und Wege geben, um Kindern finanziell schlecht gestellter Eltern Aufenthalte in westdeutschen Ferienlagern zu gleich günstigen Bedingungen zu ermöglichen? — Wäre eine auf freiwilliger Mitgliedschaft gegründete staatliche Jugendorganisation undemokratisch? Würde sie eine Lösung bedeuten? Dipl.-Ing. Klaus Friedrich, Offenbach/M.

Funk · Fernsehen

Ernüchternde Tatsachen

Zu den schlimmen Erscheinungen unserer Zeit gehört die zunehmende Straffälligkeit von Kindern und Jugendlichen. Jetzt erschrecken wir noch über unerhörte Gewalttätigkeiten, die sie begangen haben, aber deutet nicht schon vieles darauf hin, daß wir vielleicht eines Tages den starken Widerspruch zartes Alter — monströse Verbrechen gar nicht mehr empfinden werden, weil er nach unserer Erfahrung einfach nicht mehr erkennbar sein wird? Schon lange sind die Diskussionen im Gang und dennoch erst am Anfang. *„Warum werden unsere Jugendlichen straffällig?"* lautete der vielversprechende Titel eines Berichts von *Hendrik van Bergk*, den der Süddeutsche Rundfunk als Produktion des Hessischen Rundfunks sendete.

Van Bergk gab mit Tonbandaufnahmen Gespräche mit jungen Burschen im Gefängnis wieder. „Ich wollte 'mal sehen, wie einer stirbt" — „Ich hab' mir nichts dabei gedacht, als ich die Autos stahl" — und dazu die erschütternden Zahlen der Statistik. Das räumt mit Klischees auf. Es überläuft einen kalt, wird man mit dieser Wirklichkeit konfrontiert, die uns in unserem abgeschirmten Alltag nicht begegnet. Aber erst am Ende der Sendung, man hätte es fast überhören können, fällt das Wort von der Unverbindlichkeit sittlicher Maßstäbe für die Erwachsenen. Diese kurze Bemerkung umschloß den ganzen katastrophalen Komplex von der Säkularisierung unseres Jahrhunderts bis hin zur nahezu als selbstverständlich empfundenen Kommerzialisierung des Lasters. Doch dies wurde nicht weiter ausgeführt; der Verfasser wies lediglich auf zerrüttete Ehen hin. Wenn es der Sendung auch an letzter Konsequenz ein wenig mangelte — es war ein Anfang, deutlich zu sprechen.

Helmut Kauer

Münchener Genüsse

Eine Hauptsendung hat es gar nicht nötig, ein oder gar zwei volle Stunden zu dauern, um Beachtung zu verdienen. Vom Kino gewöhnt, warten allerdings viele Fernseher auf den „Hauptfilm", der seine vorgeschriebene Mindestzeit zu währen hat, und ihnen entfährt gelegentlich enttäuscht die Bemerkung, das Fernsehen brächte am Abend nichts Rechtes — weil zwei, drei Sendungen angekündigt sind. Just so war es kürzlich, doch es lohnt sich, und wir hoffen, es wiederholt sich.

München sendete einen Bericht vom *Eucharistischen Weltkongreß von Horst Dallmayr*. Sein eindrucksvoller Filmbericht enthielt alles, was denen, die nicht dabeigewesen waren, ein abgerundetes Bild vermitteln konnte. Er hat gut photographiert, und das originale Wort war unverstümmelt da, wo es dem Thema dienlich war. Aus München kam anschließend eine Fernsehaufzeichnung von einer Aufführung im Cuvilliéstheater. Zu sehen war *Monteverdis* Oratorium *„Der Zweikampf"*, szenisch dargestellt als Ballett, zuvor Chormusik: ein Genuß, doch nicht ohne Fehl. Im Bemühen, der Stimmung wegen nicht zuviel Worte zu machen, hatte man die Ansage ins Bild projiziert, das einfallslos auf einigen Details des kostbaren Theaters ruhte und den Text unlesbar machte. Und auch ein musizierendes Orchester, Sänger und Publikum kann man wohl ein wenig einfallsreicher photographieren. Gute Musik bedingt mitnichten langweilige und ermüdende Bilder.

m. s.

Wir werden sehen

Sonntag, 21. August. 15 Uhr: „Olympia und der hellenische Sport." Ein historischer Dokumentarbericht. — 21.05 Uhr „Fünf Berichte vom Vorabend der XVII. Olympischen Spiele".

Montag, 22. August. 21.40 Uhr: „Patentschrift Nr. 30 105." Paul Nipkow, der vor 100 Jahren geboren wurde, erdachte schon 1884 das Prinzip des Fernsehens.

Dienstag, 23. August: „Arabella". Lyrische Komödie von Hugo von Hofmannsthal, Musik Richard Strauß. Übertragung von den Münchener Festspielen aus dem Prinzregenten-Theater. Musikalische Leitung Joseph Keilberth. Arabella: Lisa Della Casa.

Mittwoch, 24. August. 21.45 Uhr: „Klangstrukturen." Neue Instrumente aus Glasstäben, vibrierenden Metallteilen und Plastikballons eröffnen neue Klangmöglichkeiten für die moderne Musik. Lasoy-Baschet-Ensemble, Paris.

Donnerstag, 25. August: „Eröffnung der XVII. Olympischen Sommerspiele 1960. Eurovision des Italienischen Fernsehens in Rom." — 20.20 Uhr „Bericht von den Olympischen Spielen".

Freitag, 26. August. 20.20 und 22.35 Uhr: Bericht von den Olympischen Spielen. — 20.25 Uhr „Wir essen uns zu Tode". Schon Lessing sagte: „Im Essen bist du schnell, im Gehen bist du faul." —

Sonnabend, 27. August. 15.55, 20.20 und 21.50 Uhr: Bericht von den Olympischen Spielen. — 17.30 Uhr „Europa auf der Spur. Unter der Sonne Homers", ein archäologischer Filmbericht (Wiederholung).

Keine Vergasung in Dachau

R. Strobel: „Weg mit ihm", ZEIT Nr. 33

Erlauben Sie eine leider nötige kritische Anmerkung zu R. Strobels Beitrag. Strobel hat mit seiner Äußerung gegen den früheren General Unrein gewiß recht. Nur ist Dachau als Beispiel ein wenig geeignetes Objekt, denn nach dem Zeugnis des Münchener Weihbischofs Neuhäusler haben dort gar keine Vergasungen stattgefunden, weil die Häftlinge den Bau der entsprechenden Anlagen sabotiert haben. Ein Autor von „Christ und Welt" mußte deshalb schon zugeben, „daß er bei der Besichtigung der Gaskammer in Dachau den legendären Behauptungen von den dort durchgeführten Vergasungen erlegen ist."

Herr Strobel leistet also mit seinem Versehen denen Vorschub, die — wie Herr Unrein — behaupten, die Ergebnisse unserer zeitgeschichtlichen Forschung seien nichts als alliierte Propaganda. Das ist um so bedauerlicher, als die Kluft zwischen diesen Forschungsergebnissen und den zeitgeschichtlichen Darstellungen der populären Publizistik immer noch sehr groß ist.

Wilhelm van Kampen, Kiel-Mönkeberg

*

Weder in Dachau noch in Bergen-Belsen noch in Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden. Die Gaskammer in Dachau wurde nie ganz fertiggestellt und „in Betrieb" genommen. Hunderttausende von Häftlingen, die in Dachau oder anderen Konzentrationslagern im Altreichsgebiet umkamen, waren Opfer vor allem der katastrophalen hygienischen und Versorgungszustände: Allein in den zwölf Monaten von Juli 1942 bis Juni 1943 starben laut offizieller Statistik der SS in allen Konzentrationslagern des Reiches 110 812 Personen an Krankheiten und Hunger. Die Massenvernichtung der Juden durch Vergasung begann 1941/1942 und fand ausschließlich an einigen wenigen hierfür ausgewählten und mit Hilfe entsprechender technischer Einrichtungen versehenen Stellen, vor allem im besetzten polnischen Gebiet (aber nirgends im Altreich) statt: in Auschwitz-Birkenau, in Sobibor am Bug, in Treblinka, Chelmno und Belzec.

Dort, aber nicht in Bergen-Belsen, Dachau oder Buchenwald, wurden jene als Brausebäder oder Desinfektionsräume getarnten Massenvernichtungsanlagen errichtet, von denen in Ihrem Artikel die Rede ist. Diese notwendige Differenzierung ändert gewiß keinen Deut an der verbrecherischen Qualität der Einrichtung der Konzentrationslager. Sie mag aber vielleicht die fatale Verwirrung beseitigen helfen, welche dadurch entsteht, daß manche Unbelehrbaren sich einzelner richtiger, aber polemisch aus dem Zusammenhang gerissener Argumente bedienen, und daß zur Entgegnung Leute herbeieilen, die zwar das richtige Gesamturteil besitzen, aber sich auf falsche oder fehlerhafte Informationen stützen.

Dr. M. Broszat, Institut für Zeitgeschichte, München

Es hatte damit angefangen, daß . . .



. . . meine Frau schicke neue Badeanzüge für uns alle gekauft hatte

Eric Godal dankt dem ZEIT-Leser Dipl.-Ing. Werner Lehmann, Essen, für die Anregung

Professor Riemecks Meinungsfreiheit

stuck: „Der Fall Professor Renate Riemeck", ZEIT Nr. 31; Theodor Eschenburg: „Der Beamte und die Meinungsfreiheit", ZEIT, Nr. 33

Die Äußerungen von Professor Dr. Eschenburg zum „Fall Riemeck" sind um ein behutsam abwägendes Urteil bemüht, doch bedürfen sie wohl noch einer kritischen Ergänzung. — Die plötzliche Abberufung von Frau Riemeck aus der Prüfungskommission darf nicht nur als Verwaltungsmaßnahme in ihrer formalrechtlichen Unanfechtbarkeit gesehen werden. Bei dem inhaltlich gedrängt vollen Studienplan einer Pädagogischen Akademie werden nur wenige Studenten an frei angebotenen Vorlesungen solcher Dozenten teilnehmen, bei denen sie nicht auch geprüft werden. Schon deshalb bedeutet die Abberufung in ihrer Folge einen schweren Eingriff in die Lehrtätigkeit. Übrigens pflegen an einer Pädagogischen Akademie alle festangestellten Dozenten prüfungsberechtigt zu sein. Der Entzug der Prüfungserlaubnis für einen einzelnen kommt somit einer Diffamierung nahe.

Wo ist ferner die Grenze der politischen Meinungs- und Lehrfreiheit eines Historikers? Seine Äußerungen stehen solange unter der Freiheitsgarantie des Grundgesetzes, als nicht nachgewiesen ist, daß sie die „Treue zur Verfassung" verletzen. Die Beurteilung dessen ist, soweit Beamtenrecht in Frage steht, Sache eines Disziplinargerichts, sonst eines ordentlichen Gerichts. In keinem Fall kann ein Länderbeamtenrecht die im Grundgesetz garantierten Rechte einengen. Es ist abwegig, wenn ein Minister glaubt, er dürfe mit Hilfe von Verwaltungsmaßnahmen „über die richtige Wertung" außenpolitischer Vorgänge durch seine Beamten „wachen". Das Vorgehen des Ministers macht peinlich den Eindruck versuchter Einschüchterung.

Frau Riemecks politische Auffassungen mögen von besorgten Menschen als Hinneigung zu östlichem Gedankengut empfunden werden. Das macht sie bei uns schon verdächtig. Ich glaube aber, man mißversteht sie damit (eher mag man ihr zu große Arglosigkeit gegenüber der totalitären Gefahr vorhalten). Der Artikel über „Die Lage nach dem Pariser Gipfeltreffen" („Stimme der Gemeinde", Nr. 13/1960) will am Beispiel des U 2-Zwischenfalls die Aufmerksamkeit auf vermutete inneramerikanische (nämlich militärische) Widerstände gegen eine mögliche Entspannungspolitik lenken. Dies und nicht eine Rechtfertigung Chruschtschows habe ich als den Kern der Ausführungen empfunden. Zugegeben: Die Betrachtung ist einseitig. Aber gerade hier beleuchtet der „Fall Riemeck" ein ernstes, zunehmend beunruhigendes öffentliches Problem: Einseitige Stellungnahmen solcher Art sind doch nur die Kehrseite einer nach der anderen Richtung einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne des Kalten Krieges durch eine allzusehr gleichgestimmte Tagespresse!

Die beanstandeten Publikationsorgane, „Stimme der Gemeinde" und „Blätter für deutsche und internationale Politik", gehören zu den Außenseitern. Unter ihren Herausgebern und Mitarbeitern finden sich unbeliebte und „verdächtige" Quergänger aus Gewissensgründen wie der Pastor Michalski, Martin Niemöller, Walter Hagemann. Aber die Billigkeit erfordert doch, zu sagen, daß zur Herausgeberschaft der „Stimme . . ." auch so völlig zweifelsfreie und bisher noch unangefochtene Männer gehören wie Oskar Hammelsbeck Professor an der Pädagogischen Akademie Wuppertal) und Ernst Wolf. Und wenn schon die bloße Mitarbeit an den „Blättern . . ." als verdächtig gelten soll: auch Stefan Andres, Gertrud von LeFort, Albrecht Goes, Friedrich Heer und der jüngst verstorbene Hans Iwand haben dort geschrieben. Wer charakterisiert nun wen? Darf ein Beamter, ein Hochschullehrer, nur in Organen schreiben, die seiner Regierung genehm sind?

Das Kriterium darf doch wohl nur die Verfassungstreue dessen sein, was er selber schreibt. Über die kann nicht der Dienstvorgesetzte entscheiden, nicht der Minister einer Regierungspartei, sondern nur das Gericht.

Prof. Dr. Hapke, Pädagogische Hochschule, Lüneburg

☆

Leider ist Ihr Blatt über die politische Tätigkeit der Frau Prof. Dr. Riemeck nicht orientiert . . . Lesen Sie die Beiträge von Frau Riemeck in den ostorientierten Blättern und das Echo dazu im „Neuen Deutschland", dann werden Sie diese „wider den Ungeist in Westdeutschland kämpfende Geistesschaffende" richtig qualifizieren können. Und beschönigen Sie gegenüber Ihren Lesern nicht die Schimpfkanonaden der Frau Riemeck als Ausfluß überschäumenden „jugendlichen Temperaments" — mit 42 Jahren kann man schon Großmutter sein.

Warum versagt dieses Temperament, wenn es um die Zustände in der Sowjetzone geht? Untergekühltes Temperament der Pädagogin und Historikerin Riemeck bei den Terrorurteilen gegen Studenten und Jungarbeitern in Jena, Schweigen zu der Hinrichtung Smolkas, Schweigen zum Bauernlegen, Schweigen zur Verfolgung der Kirche, aber hysterische Rufe nach „außenparlamentarischen Taten" in der Bundesrepublik „als einzigem Mittel, um — gegenüber der ständigen Gefahr der Verfälschung des Wählerwillens — eine echte politische Willensbildung in unserem Volke zu reaktivieren", eine Forderung, die Ulbricht täglich an die „Geistesschaffenden" und die „fortschrittliche Intelligenz" in der Bundesrepublik stellt . . .

A. Wilten und eine Gruppe wißbegieriger und deshalb besser informierter Studenten, Bonn

Chefredakteur: Josef Müller-Marein

Verantwortlich für Politik: Dr Marion Gräfin Dönhoff Wirtschaft: Dr Jacques Stohler Vertreter: Dr Wolfgang Krüger Kulturelles: Dr Rudolf Walter Leonhardt Allgemeines: Eka von Merveldt. — Bonner Redaktion: Dr Robert Strobel Bonn. Wilhelm-Spiritus-Ufer, Haus 2a Fernruf 2 61 38/9. — Rhein-Ruhr-Redaktion: Ingrid Neumann, Düsseldorf. Eitelstraße 57 Fernruf 62 41 27 — Münchener Redaktion: W Abendroth. München 2, Arcostraße 5. Fernruf 55 53 63/64

Für den Inhalt der Anzeigen verantwortlich: Walter Neumann.

Anschrift: DIE ZEIT, Hamburg 1, Pressehaus. Speersort 1, Fernruf: 32 10 91. Fernschreiber: 02 11 183 Telegramme: diezeit hamburg — Satz: Gruner Druck GmbH Hamburg

Druck: Gruner & Sohn Itzehoe, Holstein Printed in Germany

Abonnementspreis: monatlich 2,60 DM bei 4 bzw 5 Ausgaben Bei Hauslieferung zuzügl ortsübl Zustellgebühr im Postbezug 2,60 DM zuzügl 9 Pf Zustellgebühr monatlich. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter Zeitschriftenhandlungen und der Verlag entgegen.

Keine unverlangten Voranzahlungen

Einzelverkaufspreis: 60 Pf Anzeigenpreis: Preisliste Nr 9 — Bankverbindungen: Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg — Postscheckkonto: Hamburg 1 262 69.

Südafrika:

South African Edition Proprietor: Dr Gerd Bucerius, Hamburg 1, Pressehaus Published and printed by Lacy Printers (Pty) Ltd (Supreme Printers), 171 Market Street. Johannesburg Responsible Editor: Dr Ch Graf Dönhoff, P O Box 11 116, Johannesburg

Südafrikanisches Büro: DIE ZEIT, Johannesburg P O Box 11 116 ● Ruf Johannesburg 22—4256

Abonnementspreis in Südafrika: monatlich 6/6, halbjährlich £ 1.15.5, jährlich £ 3.10.0.

Anzeigenannahme für Südafrika: P O Box 11 116, Johannesburg.

Nordamerika:

Canadian Edition printed and published by Western Printers Association Ltd. Editorial and Business Offices: Room: 304/5. 455 Spadina Ave. Toronto 4 Ont Canada Tel WA 1—1324.

Abonnementspreis in Canada: vierteljährlich $ 2 50 halbjährlich $ 4 00, jährlich $ 7 00

USA-Edition by German-Language Publications, Inc Room 1106, 25 West 45th Street New York 36, N Y (Tel CI 7 1493).

Abonnementspreis in den USA: vierteljährlich 3 $ halbjährlich 5 $, jährlich 9 $

Südamerika:

Südamerikanische Ausgabe ● Büro: Alemann y Cia. S A G I. y F Buenos Aires 25 de Mayo 626.

Abonnementspreis in Argentinien: halbjährlich Pesos 200,—, jährlich Pesos 400,—, übriges Südamerika: halbjährlich US$ 3.50, jährlich US$ 7.00, mit Luftpost halbjährlich US$ 5 50 und jährlich US$ 11 00